

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich

Sitzungstermin: Mittwoch, 29.01.2025
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Raum, Ort: Schloss Schönau, Sitzungssaal, 1. Etage, Schönauer Allee, 52072 Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Hubert Meyers	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Uta Kempen	
Manfred Kuckelkorn	
Dr. med. Stephan Behrens	
Balam Byarubanga	
Friedrich Werner Feil	
Georg Jacquemain	
Hans Peter Kehr	
Dr. Otto-Wilhelm Kuhrt-Lassay	
Peter Stoffel	
Horst Werner	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Anna Marcelli	

Gäste:

Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2024(öffentlicher Teil)	
3	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb strassen.nrw	FB 68/0138/WP18
5	Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2025/2026	FB 45/0652/WP18
6	Auswahl der Familienzentren und Elterncafés für das KiTa-Jahr 2025/2026 - Landesförderung - Kommunale Förderung	FB 45/0649/WP18
7	Haushaltsplanberatungen 2025	BA 6/0266/WP18
8	Anträge 1. Fahrradbügel am Friedhof in Horbach; Antrag der Grünen-BF vom 17.12.2024, lfd. Nr. 68 2. Straßenbaumpflanzungen im öffentlichen Raum in Richterich und Horbach; Antrag der Grünen-BF vom 17.12.2024, lfd. Nr. 69	BA 6/0268/WP18
9	Anfrage gem. § 13 GeschO der Grünen-BF vom 14.01.2025, lfd. Nr. 15	BA 6/0270/WP18
10	Mitteilungen 1. Protokoll der Stadtteilkonferenz vom 26.11.2024 2. Beantwortung Frage aus Einwohnerfragestunde BV-Richterich 11.12.2024	BA 6/0269/WP18

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Meyers eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse und alle Anwesenden. Da Herr Meyer von Straßen.NRW zeitgleich den Inhalt des TOP 4 in der Bezirksvertretungssitzung Aachen-Laurensberg vorstellt, wird die Behandlung des TOP 4 bis zu seiner Anwesenheit verschoben.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2024(öffentlicher Teil) geändert beschlossen

Herr Bezirksvertreter Dr. Kuhrt-Lassay (Grüne) weist darauf hin, dass es auf Seite 10 unter TOP 7, vierter Absatz wie folgt lauten müsse: „Die Maßnahmen der Perspektive Richterich haben Einfluss auf die langfristige Stabilisierung des Grundschulstandortes Horbach“.

Weiterhin führt er zu S. 12, TOP 10, letzter Satz aus, dass der richtige Wortlaut hier wie folgt wäre: „Weiterhin erklärt er nach Rückfrage von Herrn Bezirksvertreter Dr. Kuhrt-Lassay (Grüne), dass die mittlere Gebäudesanierungsrate 1,5 % mit einem Rückgang des Wärmebedarfs von 21,5 % beträgt.“
Er bittet um entsprechende Anpassung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 11.12.2024 (öffentlicher Teil) mit vorgenannten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Bezirksbürgermeister Meyers erläutert zur Fragestunde, dass Fragen, die zu kommenden Tagesordnungspunkten gestellt werden, im Rahmen der Beratung dieser beantwortet werden.

Herr T. möchte wissen, warum die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Horbacher Straße auf Höhe der Brücke in Fahrtrichtung Richterich Kirche durchgängig 30km/h beträgt, in die andere Fahrtrichtung jedoch bis unmittelbar zur Brücke 50 km/h gefahren werden darf. Herr Bezirksbürgermeister Meyers sagt zu, dass die Verwaltung die Thematik prüfen werde.

Weiterhin fragt Herr T., warum die Ortsdurchfahrten Richterich und Horbach nicht grundsätzlich für schweren LKW-Verkehr gesperrt werden. Er befürchtet, dass die Brücke durch die hohen Lasten der großen Anzahl an nutzenden LKW mit einem Gewicht von rund 40 Tonnen frühzeitig einstürzen könnte. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass die an der Fußgängerunterführung Horbacher Str./Roermonder Str. errichteten Barrieren Fahrradfahrer nicht an der Durchfahrt hindern. Die Beantwortung erfolgt unter TOP 4.

Herr W. teilt mit, dass laut dem Planungspapier, dass ihm seitens Straßen.NRW zur Verfügung gestellt wurde,

die Sperrung der Horbacher Straße bereits in der 29. Kalenderwoche umgesetzt werden soll. Er erkundigt sich nach dem korrekten Zeitpunkt. Weiterhin schlägt er vor, dass die Barrieren für Fahrradfahrer an der Fußgängerunterführung Horbacher Str./Roermonder Str. entfernt werden. Die Frage und Anregung werden unter TOP 4 behandelt.

Frau K. führt aus, dass die Stellen der Leitung und stellvertretenden Leitung der Kita Grüenthaler Straße seit längerer Zeit vakant seien. Teilweise würden die Eltern einen Tag vorher die Information erhalten, dass Kinder nicht betreut werden können. Aktuell finde dort ein Wechselmodell statt, sodass die Kinder im Wechsel nur bis zu drei Tage pro Woche betreut werden können. Seit mehreren Monaten könne in der Kita Grüenthaler Straße keine stabile Betreuung angeboten werden und es gäbe viel zu wenig Personal. Sie möchte daher wissen, wie Eltern die mangelnde Betreuungssituation unter Berücksichtigung der eigenen Berufstätigkeit leisten sollen und kritisiert, dass sie für eine Betreuung Beiträge zahlen müssen, die nicht geleistet werde.

Frau S. möchte diesbezüglich wissen, warum keine Verwaltungskräfte in städtischen Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden können. Hierdurch könnte eine Entlastung in der Bewältigung von Verwaltungstätigkeiten der Tageseinrichtung erfolgen, sodass die Fachkräfte mehr Kapazitäten für pädagogische Arbeiten hätten. Die Beantwortung der Fragen erfolgt unter TOP 9.

Frau S., Seniorenrätin für Richterich und Horbach, bittet eindringlich, dass die Fußgängerunterführung Horbacher Str./Roermonder Str. aufgrund der erheblichen Gefahr insb. für Senior*innen nicht für Fahrräder freigegeben werden sollte.

Herr M. ergänzt, dass Fahrradfahrer*innen dort ebenfalls für Kinder, die die Unterführung u.a. als Schulweg nutzen, eine Gefahr darstellen und möchte wissen, wie hier die Fußgänger geschützt werden können. Die Beantwortung erfolgt unter TOP 4.

Herr W. fragt nach der zeitlichen Planung zum barrierefreien Umbau des Schloss' Schönau. Frau Bezirksamtsleiterin Moritz erklärt, dass es sich hierbei um einen langwierigen Prozess handelt. Die mittlerweile ermittelten Kosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro müssen bei den zukünftigen Haushaltsplanberatungen für 2026 angemeldet werden.

Weiterhin möchte Herr W. zu TOP 4 wissen, ob die Umleitungsstrecke bereits zur Berücksichtigung im Landesstraßenbedarfsplan angemeldet wurde. Hierauf teilt Herr Bezirksbürgermeister Meyers mit, dass die konkrete Gestaltung der Umgehungsstraße noch nicht abschließend diskutiert wurde. Ein Offenlagebeschluss ist derzeit in Vorbereitung. Herr Müller (FB 68) ergänzt, dass die Stadt Aachen keine Straßen plant, die für den Landesbedarfsplan angemeldet werden müssen. Auch bei der Umgehungsstraße findet keine Berücksichtigung im Landesstraßenbedarfsplan statt. Es wird die Möglichkeit von anderen Fördermitteln geprüft.

Frau S. möchte wissen, wie bei der Einrichtung der Umleitungsstrecke durch Vetschau sichergestellt wird, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h eingehalten wird. Wenn in Vetschau eine Parkverbotszone eingerichtet wird, fürchtet sie eine Vielzahl von Geschwindigkeitsüberschreitungen und erhebliche Gefahren. Die Beantwortung erfolgt unter TOP 4.

**Zu 4 Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb strassen.nrw
zur Kenntnis genommen
FB 68/0138/WP18**

Herr Bezirksbürgermeister Meyers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Müller, Leiter des Fachbereichs Mobilität und Verkehr sowie Herrn Meyer vom Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Herr Meyer führt in die Thematik mithilfe einer Übersichtsgrafik ein. Die Grafik ist in Allris als Anlage beigefügt. Bei der Brücke an der Horbacher Straße handelt es sich um ein 72m langes und 14m breites Dreifeld-Bauwerk in Stahlbauweise mit aufgebrachtem Beton. Derzeit befindet sich das Vorhaben im Vergabeverfahren. Ab Mai 2025 soll die Kampfmittelsondierung stattfinden und ab September 2025 beginnt die dortige Vollsperrung der Horba-

cher Straße. Die Deutsche Bahn AG hat zwei Sperrpausen für den Bau des Bahnhaltelpunktes eingerichtet. Da es grundsätzlich fünf Jahre dauert, bis Straßen.NRW für den Brückenbau Sperrzeiten bewilligt bekommt, hat sich Straßen.NRW dazu entschlossen, diese bereits eingeräumten Sperrzeiten auch für den Brückenbau zu nutzen. Hieraus ergibt sich auch die Bauzeit von etwa 2,5 Jahren. Im Rahmen der ersten Sperrpause von Januar bis März 2026 erfolgt der vollständige Abriss der Brücke inklusive Beginn des Baus der Fundamente. Die zweite Sperrpause wird zum Wiederaufbau genutzt. Ziel von Straßen.NRW ist die Fertigstellung des Straßenbaus im Herbst 2027.

Herr Müller ergänzt in Bezug auf die gestellten Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde, dass es keine Alternativen zu der vorgestellten Umleitungsstrecke gibt. Bezüglich der Anfrage die Bundesautobahn für eine Umleitung des Verkehrs mit zu nutzen und eine temporäre Auffahrt in Vetschau einzurichten erhielt die Straßenverkehrsbehörde bereits 2021 eine ablehnende Stellungnahme. Die Möglichkeit wird bei den zuständigen Behörden jedoch erneut angefragt.

Herr Bezirksvertreter Dr. Behrens (FDP) möchte wissen, ob hier eine Modulbauweise vorgenommen werden kann, um die Bauzeit zu verkürzen. Hierzu erklärt Herr Meyer, dass eine Modulbauweise nur bei kompakten Bauwerken umsetzbar ist. Bei einer Länge von 72m können Module wie geplant nur teilweise eingesetzt werden und müssen anschließend miteinander verbunden werden. Straßen.NRW ist strikt an die Einhaltung der Sperrpausen gebunden. Hierdurch ergibt sich für Anwohner der Vorteil, dass nachts kein Baulärm entsteht und die Arbeiten vollständig tagsüber durchgeführt werden können.

Herr Bezirksvertreter Werner (SPD) bedauert, dass die Umgehungsstraße nicht rechtzeitig fertig gestellt werden kann. Er sieht die Einhaltung der geltenden Verkehrsregelungen als Aufgabe der Ordnungskräfte. Er stellt weiterhin fest, dass viele Fahrradfahrer*innen die Unterführung fahrenderweise nutzen und die bestehenden Barrieren hierbei eine Gefahr für diese darstellen, sodass hier keine offizielle Umleitungsstrecke für Fahrräder eingerichtet werden sollte. Fahrradfahrer*innen müssen zur Nutzung der Fußgängerunterführung absteigen. Hierauf könnte mit einem zusätzlichen Schild nochmals verdeutlicht hingewiesen werden.

Herr Bezirksvertreter Kehr (CDU) spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die Fußgängerunterführung nicht für Fahrradfahrer*innen als Umleitungsstrecke freigegeben wird. Er bestätigt die erhebliche Gefahrensituation für Kinder und ältere Menschen, die hierdurch entstehen würde. Unter Bezugnahme auf die Einwohnerfragestunde schließt er sich an, dass die Nutzung der Brücke Horbacher Straße für den Schwerlastverkehr bereits vor Jahren hätte ausgeschlossen werden sollen. Er bittet um Prüfung, ob ein solches Durchfahrtsverbot eingerichtet werden kann, sodass schwere LKW über die Bundesautobahn fahren müssen. Außerdem hinterfragt er, ob der Hander Weg zum Einrichten einer Umleitungsstrecke einseitig geöffnet werden kann. Hierfür müssten zunächst die Straßenbauarbeiten in der Karl-Friedrich-Straße fertig gestellt sein. Hinsichtlich der geplanten Umleitungsstrecke durch Vetschau äußert er Bedenken aufgrund der hochfrequentierten Nutzung in beide Fahrrichtungen durch LKW, Busse und Traktoren.

Herr Bezirksvertreter Feil (Grüne) schließt sich an, dass die Fußgängerunterführung nicht für Fahrräder freigegeben werden sollte. Durch die errichteten Barrieren kann die Unterführung jedoch auch nicht von Personen genutzt werden, die Lastenräder oder Fahrräder mit Anhänger schieben. Er schlägt vor, dass die Unterführung durch eine Markierung geteilt wird, um eine parallele Nutzung für geschobene Fahrräder und Fußgänger zu ermöglichen.

Herr Müller führt aus, dass die Fußgängerunterführung nur als alternative Streckenführung gedacht war und auch aus Sicht der Verwaltung dort ein erhöhtes Gefahrenpotential herrscht. Die primär geplante Umleitung für Fahrradfahrer*innen enthält einen deutlichen Umweg. Die Lösungsfindung ist noch nicht abgeschlossen, sodass auch noch keine Entscheidung zur Streckenführung getroffen wurde. Die Brücke der Horbacher Straße ist für Gefahrtransporte nicht zugelassen. Hier hat es schon eine Ablastung gegeben. Eine weitere Entlastung hätte nach Aussage von Straßen.NRW keinen Einfluss auf die Haltbarkeit der Brücke. Die Kontrolle der Einhaltung der Verkehrsregelungen ist Aufgabe der Polizei.

Herr Bezirksbürgermeister Meyers kritisiert daraufhin, dass die Belastung der Anwohner in den Ortsteilen Horbach und Richterich durch den Lastenverkehr bestehen bleibt.

Hierauf erklärt Herr Müller, dass die rechtliche Lage zum grundsätzlichen Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr ab Locht aufgrund der unterschiedlichen Widmungen der Straßenzüge schwierig ist. Er sagt zu, dass Möglichkeiten diesbezüglich nochmals geprüft werden. Hinsichtlich der alternativen Umleitungsstrecken für übrige Verkehrsteilnehmende teilt er mit, dass die parallelen Straßen zur Laurensberger Straße aufgrund der

schlechten Zustände, mangelnder Breite oder fehlender Schutzräume nicht in Betracht kommen. Es wird versucht den Verkehr bereits frühzeitig an anderen Stellen abzuleiten, um die Umleitungsstrecke zu entlasten.

Herr Bezirksvertreter Kuckelkorn (SPD) bittet darum, die abschließenden Planungen zur Umleitungsführung von Fahrradfahrer*innen vor der Umsetzung in der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vorzustellen.

Herr Bezirksbürgermeister Meyers vermisst in der Vorlage die Ausführungen zu den Vorschlägen des Vereins „Leben in Vetschau – LiVe e.V.“. Er bittet ausdrücklich darum, dass Betroffene zeitnah in Kenntnis gesetzt werden um Verunsicherungen zu vermeiden. Auch Verzögerungen des Bauvorhabens sollten unbedingt verhindert werden. Auch er sieht insbesondere Vetschau als möglichen Gefahrenbereich an und fordert Kontrollen und Sanktionen bei Verstößen. Zudem müsse, wie in der Vorlage zum Ausdruck gebracht, zeitgerecht dafür Sorge getragen werden, dass auf den Umleitungsstrecken die Verkehrssicherheit durch entsprechende Straßenbaumaßnahmen hergestellt wird.

Herr Bezirksvertreter Stoffel (Grüne) schließt sich dem an und bittet, Geschwindigkeitskontrollen frühzeitig in Vetschau einzuplanen.

Herr Müller teilt mit, dass die eingebrachten Ideen des LiVe e.V. geprüft wurden und Geschwindigkeitsanzeigen und Displays mit Informationen – wenn möglich – eingeplant werden. Geschwindigkeitskontrollen werden noch mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung abgestimmt. Weiterhin sagt er zu, dass konkretere Planungen auch zukünftig in der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vorgestellt werden. Auch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit wird noch folgen. Darüber hinaus führt er aus, dass eine Umleitung über die Laurentiusstraße, Karl-Friedrich-Straße und den Hander Weg aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens, der zu geringen Breite, des schlechten Zustands und der teilweise fehlenden Nebenanlagen nicht in Betracht kommt. Bezüglich der Straßenbaumaßnahmen seien bereits Gespräche mit dem Aachener Stadtbetrieb aufgenommen worden.

Herr Müller erklärt auf Nachfrage von Herrn Bezirksvertreter Werner (SPD), dass Berliner Kissen, wie sie in Schönauer Friede errichtet wurden, aufgrund der anderen Straßentypen und anderen Belastungen nicht vergleichbar errichtet werden können. Auf Nachfrage von Frau Bezirksvertreterin Kempen (Grüne), teilt Herr Müller mit, dass aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens und Rückstaus der geplanten Umleitungsstrecke die Errichtung von Lichtzeichenanlagen nicht empfohlen werden und daher primär mit Geschwindigkeitsanzeigen gearbeitet werden soll.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1	A 5.1 Bauwerk-Übersichtlageplan
Anlage 2	A 5.10 Baugruben Achse 10 und 20
Anlage 3	A 5.11 Baugruben Achse 30 und 40
Anlage 4	A 5.12 Projektablaufkonzept
Anlage 5	A 6 Verkehrszeichenpläne
Anlage 6	A 7 Straßenbau Lageplan

Zu 5 Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2025/2026 zur Kenntnis genommen FB 45/0652/WP18

Herr Bezirksbürgermeister Meyers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kaldenbach, Leiter des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule.

Herr Bezirksvertreter Feil (Grüne) möchte wissen, ob der Betreuungsschlüssel für den Gesamtraum Aachen die tatsächliche Situation in den Tageseinrichtungen darstellt. Hierzu führt Herr Kaldenbach aus, dass die tatsächliche Umsetzung, insbesondere hinsichtlich temporärer und nicht planbarer Ausfälle, bei der Bedarfsplanung nicht abgebildet wird. Die Bedarfsplanung stellt die Struktur dar, um eine Kinderbetreuung überhaupt anbieten zu können. Auf weitere Rückfrage von Herrn Bezirksvertreter Feil (Grüne) erklärt Herr Kaldenbach, dass es keinen neuen Sachstand bezüglich eines Neubaus einer Kita in Richterich gibt. Beim Kitaprojekt der AWO konnte noch kein Durchbruch erzielt werden. Alternativ lässt der Fachbereich Kinder, Jugend und Schule auch die Ertüchtigung bestehender Einrichtungen prüfen.

Herr Bezirksvertreter Werner (SPD) möchte wissen, warum die Planungen für einen Kitaneubau in Trägerschaft der AWO keine Fortschritte verzeichnen. Herr Kaldenbach führt hierzu aus, dass regelmäßige und intensive Verhandlungen mit der AWO stattfinden, die Kita jedoch nur ein Teil der Planungen ist, der auf der hierfür vorgesehenen Liegenschaft umgesetzt werden soll. Derzeit ist noch nicht geklärt, ob die Planungen fiskalisch realisierbar sind. Der nächste Abstimmungstermin ist im Februar.

Herr Bezirksvertreter Dr. Behrens (FDP) fürchtet, dass aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels kein Personal für eine neue Einrichtung vorhanden sein wird. Er hinterfragt, ob eine Anhebung der Vergütung für das pädagogische Personal dem Personalmangel entgegen wirken kann und schlägt vor, dass auch Eltern an der Lösungsfindung zur Aufrechterhaltung einer zufriedenstellenden Betreuung eingebunden werden.

Hierauf erläutert Herr Kaldenbach, dass Überlegungen zur Verbesserung der Betreuungssituation und ein gemeinsamer Austausch mit den Eltern dauerhaft und intensiv stattfinden. Aufsichtsrechtliche Anforderungen setzen jedoch Grenzen in der Umsetzbarkeit von Ideen.

Ob eine höhere Vergütung den Fachkräftemangel beheben könnte, kann er nicht abschließend beurteilen. Der Fachkräftemangel hat vielseitige Gründe. Weiterhin führt Herr Kaldenbach aus, dass grundsätzlich viele Personen zu Fachkräften ausgebildet sind, sich die Bedarfslage jedoch verändert und deutlich erhöht hat.

Herr Bezirksvertreter Kehr (CDU) fragt, ob seitens des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule ein Personalpool von Fachkräften besteht, auf den im Notfall zurückgegriffen werden kann.

Herr Kaldenbach teilt mit, dass die Personalplanung nicht Bestandteil der Bedarfsplanung ist. Bisher wurde keine „Poollösung“ implementiert, da das Personal zunächst für die Besetzung der bestehenden Vakanzen genutzt werden muss. Weiterhin würde dies dazu führen, dass zusätzliches Personal über dem gesetzlich geforderten vorgehalten werden müsste, was auch eine finanziellen Zusatzbelastung zur Folge hätte.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 6 Auswahl der Familienzentren und Elterncafés für das KiTa-Jahr 2025/2026

- Landesförderung

- Kommunale Förderung

ungeändert beschlossen

FB 45/0649/WP18

Ohne weitere Aussprache wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Vorlage zur Kenntnis und empfehlen dem Kinder- und Jugendausschuss:

1. die Tageseinrichtung für Kinder St. Fronleichnam, Schleswigstraße 3, 52068 Aachen (pro futura) für das Landesprogramm Familienzentren 2025/2026 zu melden.
2. im Falle einer erneuten Zuweisung des zusätzlichen Kontingents durch das Land NRW für das KiTa-Jahr 2025/2026, dieses dem zertifizierten Familienzentrum Philipp-Neri-Weg 6 im Vierer-Verbund mit

den Tageseinrichtungen für Kinder Phillip-Neri-Weg 11, Reutershagweg 19 sowie Steppenbergallee 210 (alle Stadt Aachen) zuzuweisen.

3. die Tageseinrichtung für Kinder Am Pappelweiher 1, 52066 Aachen (Stadt Aachen) für das Landesprogramm Familienzentren 2025/2026 zu melden (Verbundauflösung).
4. ab dem KiTa-Jahr 2025/2026 die kommunale Förderung von Elterncafés fortzuführen und folgende Kitas in die kommunale Förderung als Elterncafé vorzusehen:
 - Tageseinrichtung für Kinder St. Katharina, Forster Linde 5 (pro futura)
 - Tageseinrichtung für Kinder Bergstraße 16-18 (Stadt Aachen)
 - Tageseinrichtung für Kinder „Erlöserkirche“, Hermann-Löns-Straße 6 (pro futura)
 - Tageseinrichtung für Kinder St. Donatus, Rollefstraße 2 (pro futura)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 7 Haushaltsplanberatungen 2025 ungeändert beschlossen BA 6/0266/WP18

Herr Bezirksvertreter Kehr (CDU) berichtet ergänzend zur Vorlage aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 28.01.2025. Der Ansatz für die Planung der Erschließung der Richtericher Dell wurden für den Haushalt 2025 senkend korrigiert. Die Kosten für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses mit Rettungswache sind unter der Prämisse, dass weiterhin geprüft wird, ob Einsparmöglichkeiten vorhanden sind, gesichert. Die durch die Bezirksvertretung Aachen-Richterich zur Verfügung gestellten Gelder zur Umsetzung von Kleinmaßnahmen im Bezirk müssen in 2025 ausgegeben werden. Der Haushaltsansatz für die Planungskosten der Ortsumgehung Richterich (L231n) wurde auf 772.000 € reduziert.

Er betont, dass in der Sitzung des Finanzausschusses deutlich wurde, dass ein weiterer Neubau einer Feuer- und Rettungswache in dem Kostenumfang wie in Richterich zukünftig nicht erneut finanziert werden kann. Das neue Gerätehaus mit Rettungswache wird somit eine Besonderheit in Richterich werden, das unter nachhaltigen Gesichtspunkten und derzeit höchsten energetischen Standards errichtet wird.

Herr Bezirksvertreter Feil (Grüne) ergänzt, dass die Korrektur der Planungskosten für die Erschließung der Richtericher Dell nur vorgenommen wurde, da sie vorher doppelt aufgeführt waren.

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen Aachen-Richterich nimmt die bezirksbezogenen Haushaltsangaben sowie den Gesamthaushalt – unter Berücksichtigung der getroffenen Einzelentscheidungen – zur Kenntnis und empfiehlt den jeweiligen Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Aachen entsprechend zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Anträge

1. Fahrradbügel am Friedhof in Horbach; Antrag der Grünen-BF vom 17.12.2024, lfd. Nr. 68

2. Straßenbaumpflanzungen im öffentlichen Raum in Richterich und Horbach; Antrag der Grünen-BF vom 17.12.2024, lfd. Nr. 69

**ungeändert beschlossen
BA 6/0268/WP18**

Herr Bezirksvertreter Werner (SPD) weist zum Antrag Nr. 69 hin, dass hierzu zuletzt in 2020 zu einem Antrag der SPD-Fraktion aus 2017 mit gleichem Inhalt eine Beratung erfolgt sei. Der Antrag Nr. 69 wird seitens der SPD-

Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Herr Bezirksvertreter Dr. Kuhrt-Lassay (Grüne) führt aus, dass durch den Aachener Stadtbetrieb im November und Dezember 2024 Bepflanzungen an der Laurensberger Straße und dem Vetschauer Weg erfolgten und er hofft auf weitere Umsetzungen unter Beteiligung der zuständigen Stellen.

Beschluss:

Die Anträge Nr. 68 und 69 werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 9 Anfrage gem. § 13 GeschO
der Grünen-BF vom 14.01.2025, lfd. Nr. 15
zur Kenntnis genommen
BA 6/0270/WP18**

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Herr Kaldenbach, Leiter des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule teil.

Er führt zu den gestellten Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde aus, dass die in der Kindertagesstätte Grüenthaler Straße angespannte Personalsituation ein trägerübergreifendes Problem ist. Zum Start des Kita-Jahres konnte die Betreuung zunächst mit einer stabilen Personalsituation angeboten werden. Die befristeten Stellenbesetzungen der Leitungsebene gestalten sich jedoch äußerst schwierig. Die Entwicklung der Personalsituation war nicht absehbar, sondern erfolgte kurzfristig. Es fehlt dringend Fachpersonal zur schnellen Nachbesetzung der vakanten Stellen. Eine solche instabile Personalsituation ist leider in mehreren Einrichtungen vorzufinden.

Auch in der Kita Grüenthaler Straße wird gemeinsam mit den Eltern und insbesondere dem Elternbeirat versucht eine kurzfristige Lösung herbeizuführen und aus den vorhandenen Ressourcen das bestmögliche umzusetzen. Herr Kaldenbach äußert sein Verständnis für die schwierige Situation der Eltern insbesondere unter Berücksichtigung der gleichzeitigen Verpflichtungen dem jeweiligen Arbeitgeber gegenüber. Hierbei hofft er inständig auf das Verständnis der Arbeitgeber. Hinsichtlich der Beschwerde der Einwohnerin, dass trotz fehlender Betreuung die vollen Elternbeiträge gefordert werden, erklärt Herr Kaldenbach, dass es sich hierbei um keine Gebührenleistung sondern um eine Beitragsleistung zur Deckung der Gesamtkosten handelt, die auch bei unzureichender Betreuung anfallen. Die Beiträge decken bei weitem nicht die Kosten. Ein rechtlicher Anspruch auf Erstattung oder Reduzierung bestehe nicht. Weiterhin teilt er mit, dass es zu dieser Problematik derzeit intensive Gespräche zwischen dem Elternbeirat und der Politik gibt. Unter Bezug auf die weitere Frage der Einwohnerfragestunde erklärt Herr Kaldenbach, dass derzeit ein Pilotprojekt zum Einsatz von Verwaltungskräften in Kindertageseinrichtungen anläuft. Das Projekt wird am 04.02.2025 im Kinder- und Jugendausschuss vorgestellt.

Herr Bezirksvertreter Feil (Grüne) empfindet die Gesamtsituation in der Kindertagesstätte Grüenthaler Straße als unbefriedigend.

Herr Bezirksvertreter Dr. Kuhrt-Lassay (Grüne) erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zu den Ausführungen der Verwaltung bezüglich der Gesamtsituation in den Kindertagesstätten (Sitzung der BV Aachen-Richterich vom 30.10.2024, TOP 8). Herr Kaldenbach berichtet, dass die Anforderungen der Sicherstellung einer grundsätzlichen und qualitativ angemessenen Betreuung zu vielen Gesprächen und einer intensiven Auseinandersetzung führen. Seitens des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) wird eine Fachlichkeit erwartet, während die neue Personalverordnung aus Dezember 2024 viele Öffnungen zum Einsatz von anderen Berufsgruppen vorsieht. Seitens der Verwaltung werden Möglichkeiten zur Besserung und Unterstützung der Gesamtsituation eingehend geprüft. Derzeit fehlt noch eine Handlungsrichtlinie zur Umsetzung der Personalverordnung.

Auf Rückfrage von Herrn Bezirksvertreter Stoffel (Grüne) teilt Herr Kaldenbach mit, dass die Prüfung der Machbarkeit spätestens bis zum Beginn des nächsten Kita-Jahres abgeschlossen sein muss. Die Verwaltung ist um ein frühzeitigeres Ergebnis bemüht. Hier fehlt es derzeit noch an Rückmeldungen anderer Beteiligter. Weiterhin sind seitens des LVR Informationsveranstaltungen zu der Thematik in Planung.

Herr Bezirksbürgermeister Meyers kündigt an, dass die Entwicklungen der strukturellen Umgestaltung und Ver-

besserung der Situation in den Kindertagesstätten seitens der Bezirksvertretung Aachen-Richterich weiter verfolgt werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Mitteilungen

1. Protokoll der Stadtteilkonferenz vom 26.11.2024

2. Beantwortung Frage aus Einwohnerfragestunde BV-Richterich 11.12.2024

BA 6/0269/WP18

Herr Bezirksbürgermeister Meyers weist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen hin.

Hubert Meyers
Bezirksbürgermeister

Anna Marcelli
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin